

Der polnische Kessel

B225B04

Sowjetische Panzerdivisionen haben Polen umringt. Droht ein sozialistischer Bruderkrieg? / Von Michael Naumann, Josef Joffe und Manfred Weber

Gewehr bei Fuß stehen 350 000 sowjetische Soldaten an Polens Grenze. Lech Walesas Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ gefährdet seit Monaten die Herrschaft der



Regierungskommunisten. Moskau fürchtet um die Einheit des Warschauer Pakts. Ein Interview mit Leszek Kolakowski (Seite 11). Christian Schmidt-Häuer zur russisch-polnischen Geschichte (Seite 10)

Hamburg/Washington, im Dezember

Das rote Telefon schrillte gegen zwei Uhr morgens neben dem Bett des Oberbefehlshabers der VII. US-Armee in Frankfurt, Drei-Sterne-General James H. Polk: „Am anderen Ende sprach der Kommandeur der amerikanischen Truppen in Berlin. Seine Worte zur Sache waren kurz. Sie waren meine erste Unterrichtung von den Ereignissen.“

Der Amerikaner in Berlin hatte — von Schlaflosigkeit geplagt — zur nächtlichen Stunde den stets munteren Soldatensender *American Forces Network* (AFN) eingeschaltet. Zwischen *Rhythm and Blues* verbreitete ein Nachrichtensprecher die lapidare Blitzmeldung des Prager AP-Korrespondenten: „Die Sowjets rücken in die CSSR ein.“ Man schrieb den 21. August 1968.

General Polk erinnert sich ein Jahrzehnt später der peinlichen Gefühle, die ihn ob derlei ziviler Nachrichtenübermittlung überfielen. „Wir waren vom Zeitpunkt und der Intensität der Invasion überrascht. Es war August. Die meisten Verteidigungsminister der Nato und deren Stäbe waren in Urlaub, über ganz Europa verteilt.“

Im Jahre 1980 würde eine Invasion der Roten Armee im nächsten sozialistischen Bruderstaat niemanden mehr überraschen. Im Gegenteil. Am vorigen Sonntag faßte Präsident Carter den Erkenntnisstand seiner Nachrichtendienste über die Lage rings um Polen zusammen: „Die Vorbereitungen für eine mögliche sowjetische Intervention scheinen abgeschlossen zu sein. Wir hoffen, daß eine solche Intervention nicht stattfinden wird.“

Doch in Wirklichkeit glauben in Washington immer weniger Experten an die besänftigenden

Worte der Moskauer Gipfelkonferenz vom vorigen Freitag, welche die Polen-Krise offensichtlich entschärfen sollten.

„Der Warschauer Pakt hat den Polen bloß eine Bewährungsfrist eingeräumt“, erklärt ein Osteuropa-Experte des Pentagon, „aber gerade dieser Aufschub demonstriert in aller Deutlichkeit, daß das Todesurteil bereits unterschrieben ist. Ob die Hinrichtung tatsächlich ausgeführt wird, hängt unter anderem von der Bußfertigkeit des Delinquenten ab.“

Während der Kleine Krisenstab des Weißen Hauses tagte, konzentrierte sich Moskaus *Pravda* auf ihren Lieblings-„Kriegstreiber“, Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, Pole von Geburt: Der Chef des *National Security Council*, behauptet *Pravda*, habe polnische Gelehrte (die zu Besuch in Washington weilten) aufgefordert, dafür zu sorgen, daß „polnische Oppositionskräfte den Behörden bewaffneten Widerstand leisten“. Doch so unwahrscheinlich die (von Brzezinski schon dementierte) Meldung ist, so real ist das massive *cordon sanitaire*, den Polens Anrainer — die Sowjetunion zumal — um das Land gelegt haben. Das Erpressungsmanöver wird im Westen erbittert verfolgt. Präsident Carters Sicherheitsberater, Zbigniew Brzezinski, erklärt der ZEIT: „Breschnjew und Co. gehen das Risiko ein, für die Sowjetunion genau das zu tun, was Bismarcks Nachfolger am kaiserlichen Deutschland verschuldet haben. Das Hauptziel der bismarckschen Außenpolitik war es doch gewesen, eine gesamteuropäische Koalition gegen Deutschland zu verhindern. Doch seine Nachfolger haben es durch blindes Flottenwettrüsten und koloniale Expansion geschafft, die *entente cordiale* gegen Deutschland zu provozieren. Gegen ihren Willen

könnten die Sowjets heute genau das gleiche erreichen, obwohl sich niemand in der Welt dazu verschworen hat und niemand es plant — nämlich die Einkreisung der Sowjetunion.“

Alle Pläne zu einer gewaltsamen Gleichschaltung Polens hatten die Sowjets immer wieder vehement geleugnet. Doch dann klärte sich — buchstäblich — das Krisen-Tableau. Ein Mitglied des Krisenstabes des Weißen Hauses erklärt die neue Sicht der Dinge: „In der vorigen Woche waren wir uns noch nicht ganz sicher, weil die

19 Dez. 1980 51

2

B225B05

Quelle: Wolkendecke über Osteuropa unsere Aufklärungs-Satelliten daran hinderte, die sowjetischen Truppenbewegungen bis ins allerletzte Detail zu erfassen. Aber jetzt steht außer Zweifel, daß die Sowjets schon in der letzten November-Woche alle Anstrengungen unternahmen, um sich eine zuverlässige Invasionsoption zu verschaffen.*

Mit Hilfe von Satelliten und Funküberwachung erkannten die Amerikaner in der vorigen Woche, daß die Sowjets die Kampfbereitschaft ihrer Divisionen rings um Polen systematisch erhöht und diverse Divisionen aus ihren festen Quartieren in die Nähe der polnischen Grenze verlegt haben.

● „Die sowjetische Invasionsmaschine“, sagt ein Offizier des Pentagon, „ist geölt“. Im Nato-Hauptquartier in Belgien wurden 30 bis 35 sowjetische Divisionen mit je 10 000 Mann gezählt, die neben Truppen der DDR und der CSSR in höchster Bereitschaft, „Alarmstufe sechs“, ständen. Zehn weitere Divisionen könnten in kurzer Zeit aus den europäischen Militärbezirken der Sowjetunion an die polnische Front verlegt werden. Die russische Armee rechnet mit Marschgeschwindigkeiten für eine ganze motorisierte oder Panzerdivision von 80 bis 100 Kilometer pro Einsatztag im Kriege.

● Im strategisch wichtigen sowjetischen Karpaten-Distrikt an der Ost-Grenze Polens wurden schon im August, als in Danzig unter Lech Walesas Führung erfolgreich gestreikt wurde, Reservisten einberufen: Sie sind angeblich immer noch nicht ins Zivilleben zurückgekehrt. Rings um die karpatische Stadt Lwow (Lemberg) hatten sich 1968 die sowjetischen Truppen zum Einmarsch in die Tschechoslowakei formiert.

● Vorige Woche teilte das sowjetische Oberkommando in der DDR den Militärmissionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit, daß das Grenzgebiet der DDR zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden sei. Am Montag wurden die kommunikativen Verbindungseinrichtungen zwischen den Hauptquartieren in der Sowjetunion und den Führungsstäben der DDR und der CSSR in allerhöchster Bereitschaft versetzt. Truppen der Roten Armee, die unter dem ominösen Manövertitel „Waffenbrüderschaft 80“ bis zum 15. September in der DDR Kriegsspiele veranstaltet hatten, wurden bisher nicht abgezogen. Im Gegenteil — sie erhielten „Verstärkung“ in Form eines neuen Oberkommandierenden der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD): Abgelöst wurde der erfahrene Armeegeneral Jewgeni Iwanowski von Michail Saizew, einem unbekanntem Soldaten aus dem russischen Führungskader. Iwanowski übernahm Anfang Dezember „eine neue verantwortungsvolle Funktion“ in seiner Heimat. Koordiniert der Deutschland- und „Westfront“-Experte im russischen Generalstab die eiserne Drohbärde gegenüber Polen?

● Während auch in der Tschechoslowakei, wie es heißt, Reservisten einberufen wurden, formierten sich Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR in einem 40 bis 50 Kilometer breiten Streifen entlang der „Friedensgrenze“ zu Polen — wie weiland im Sommer 1939 Hitlers Panzerarmee.

● Für zivilen Besucherverkehr abgeriegelt sind Teile der sowjetischen Westgrenze; mit Störse-

Datum: dern überrascht werden, wie zu Zeiten des kalten Krieges, westliche Rundfunksendungen für osteuropäische Zuhörer.

● Doch die massivste Warnung vor einem bevorstehenden Einmarsch „sozialistischer Waffenbrüder“ stammt von einem Polen selbst. Vorausgegangen waren Serien von „wildem“ Streiks in den Bergwerken von Kattowitz, in den Textilfabriken von Lodz und Bydgoszcz. In Warschau drohte ob eines verhafteten Arbeiters ein Generalstreik.

Da warnte ZK-Sekretär und Regierungssprecher Jozef Klasa das polnische „Proletariat“ in Walesas parteiunabhängiger Gewerkschaft „Solidarität“, ja, die ganze renitente Nation: Auf einer Pressekonferenz in Warschau wollte Klasa nicht ausschließen, daß Giereks Nachfolger Kania „um fremde Hilfe“ bitten würde, falls die Macht im Lande in „antisozialistische Hände“ gerate: „Dann hätten die polnischen Kommunisten das Recht und die Pflicht, um Unterstützung durch die Kommunisten anderer Staaten zu ersuchen“.

Anfang des Monats hatten kurzfristig Eisenbahner gestreikt und gegen eine Lohnanhebung protestiert, die noch nach alten Gewerkschaftsregeln ausgehandelt worden war. Obwohl der Streik nur Vorortbahnen betraf, wurde er in Moskau registriert — acht strategische Eisenbahntrassen, welche die Sowjetunion mit ihrem westlichen Verbündeten DDR verbinden, durchschneiden Polen. Über die Eisenbahnstrecken können binnen zwei Wochen 60 sowjetische Divisionen aus dem Innern der UdSSR antransportiert werden.

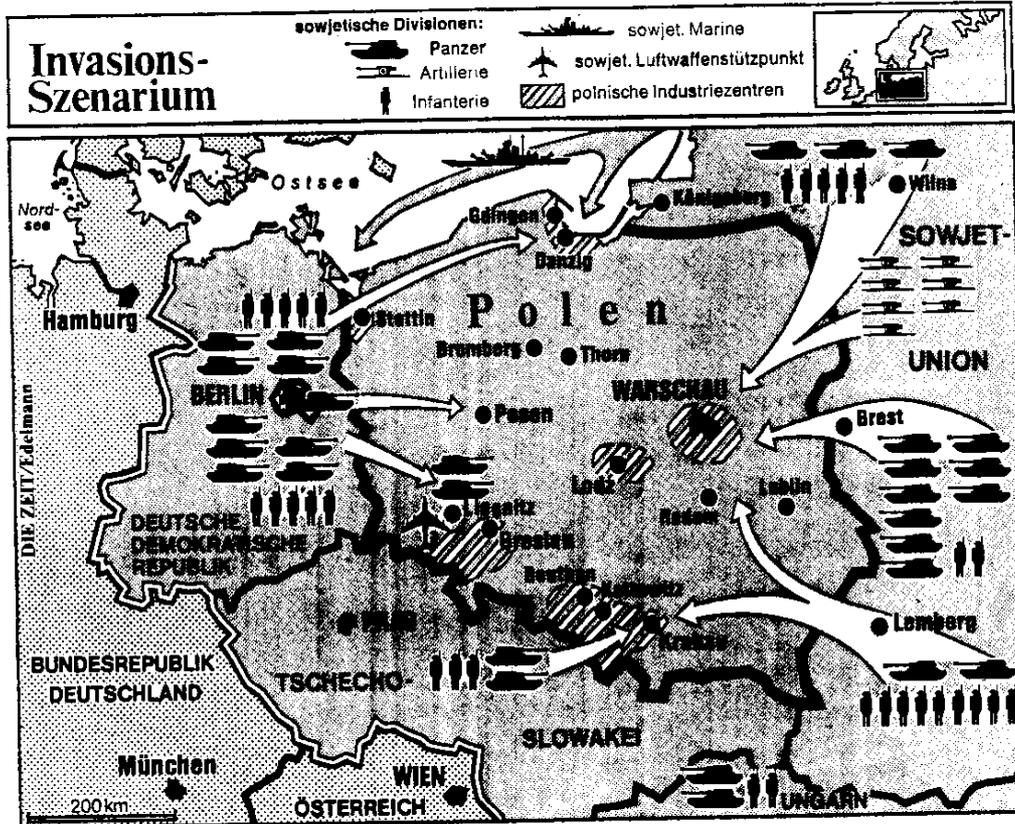
Womöglich wird das Moskauer Politbüro der KPdSU darum nicht auf Bittgesuche seiner polnischen Genossen warten; ideologische und moralische und völkerrechtliche Skrupel vor einer Invasion wurden schon vor zwölf Jahren doktrinär erledigt. Am Tag, da die russischen Panzer über die Grenzen der Tschechoslowakei preschten, legte *Prawda* die reale Linie des sowjetischen Herrschaftsanspruchs fest:

Vom marxistischen Standpunkt aus gesehen, darf man die Rechtsnormen, insbesondere die Regeln für die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten nicht engherzig formalistisch, losgelöst vom Klassenkampf interpretieren... Die formalistische Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts in der konkreten Lage der Tschechoslowakei wäre nicht die Selbstbestimmung des Volkes, sondern die seiner Feinde.

Daß die Rote Armee in der Tat strategisch, taktisch und operativ fähig ist, das polnische Selbstbestimmungsrecht aus dem Stand zu „retten“, blieb im Wechselbad Moskauer Beschwich-tigungen und Drohungen die einzig halbwegs gesicherte Konstante. Halbwegs — denn unklar blieb bisher die Haltung der polnischen Armee.

— „Wenn die Polen Tschechen wären“, so ein Warschauer-Pakt-Experte im amerikanischen Verteidigungsministerium, „dann wären die Russen schon längst einmarschiert.“

Nach der Roten Armee stellen die polnischen Streitkräfte (15 Divisionen mit 350 000 Soldaten) die stärkste und angeblich am besten ausgerüstete Truppe im östlichen Bündnis. „Daß die Polen gegen die Sowjets kämpfen würden, steht außer Zweifel“, behauptet der Mann im Pentagon. „Die



B225B06

Frage ist nur: Mit welchen Kräften und wie lange?"

Tatsache ist, daß die Armee in allen bisherigen Konfrontationen der Polen mit den Sowjets — 1956, 1970, 1976 — deutliche Widerstandsbereitschaft gezeigt hat. Als Chruschtschow während der polnischen Unruhen von 1956 höchstpersönlich in Warschau erschien und Parteichef Gomulka mit dem Einmarsch der Roten Armee drohte, konterte der polnische Parteichef mit der trockenen Bemerkung, daß die Hauptstadt bereits von den eigenen Truppen „umstellt“ sei — unter der Führung General Spychalskis. Während der Danziger Arbeiteraufstände von 1970 leitete die polnische Armee „vorbeugende Schritte“ ein, um die „Neutralität“ der sowjetischen Streitkräfte im Lande zu gewährleisten. Allerdings schoß die Armee damals auf Danziger Arbeiter.

„Die meisten westlichen Beobachter“, schreibt der Ostexperte des State Departments, Dale Herspring, in seiner jüngst erschienenen Studie *The Polish Military and the Political Process*, „sind davon überzeugt, daß eine sowjetische Intervention im Sommer 1976 auf den Widerstand der polnischen Armee gestoßen wäre.“

Beim zweitenmal weigerten sich die polnischen Militärs nämlich, gegen die aufständischen Arbeiter von Danzig vorzugehen. „Polnische Soldaten werden nicht auf polnische Arbeiter schießen“ (Verteidigungsminister Jaruzelski).

Polens alte Armee war 1939 unter den Schlägen der modernen Panzerverbände der deutschen Wehrmacht zugrunde gegangen. Noch während des Zweiten Weltkrieges unterstützte die Sowjetunion die Aufstellung neuer polnischer Kampforganisationen und Divisionen — freilich nicht ohne zuvor das polnische Offizierskorps mit brutalem Massenmord zu dezimieren, wie inzwischen fast alle (westlichen) Historiker bestätigen. In den Wäldern von Katyn wurden im Jahr 1943 mehr als 4000 Leichen erschossener polnischer Offiziere gefunden.

Nach Kriegsende, 1945, wurden die ersten Armee-Einheiten nach dem Vorbild der Roten Armee gezogen.

In den sechziger Jahren wurde die polnische Armee modernisiert. Sie erhielt Anschluß an die waffentechnischen Entwicklungen der Sowjetunion — ohne freilich das jeweils Allerneueste der sowjetischen Waffenproduktion zu erwerben.

Neben den technischen, Stabs- und Truppen-Offizieren gibt es in der polnischen Armee den Politoffizier.

„Der politische Offizier ist“, so der Divisionsgeneral Slodimir Sawzuk, „ein aktiver Funktionär der Partei und ein Soldat mit völliger Hingabe für die Verwirklichung der Parteilinie.“ Die Beziehung zwischen Partei und Armee ist dennoch nicht ohne Reibungsflächen. Denn die Parteioorganisationen in der Armee haben zwar das

Recht, Fehlentwicklungen zu kritisieren und auch die Linientreue militärischer Parteimitglieder zu überprüfen, doch gilt in der Armee das Prinzip der Eigenverantwortung und des Befehlsgehorsams. Der Befehl eines militärischen Kommandanten darf auch von Parteileuten nicht kritisiert werden.

Quelle

Datum

„Im Heer“, so ein Kenner der polnischen Streitkräfte, „gibt es allenfalls eine Handvoll sowjetischer Verbindungsoffiziere, während es in allen anderen Pakt-Armeen nur so von ihnen wimmelt. Dies war das Hauptproblem der kämpfenden Ungarn im Jahre 1956: Viele Befehle der ungarischen Kommandanten stießen ins Leere, weil sie von den sowjetischen Führungsoffizieren in den eigenen Reihen konterkariert werden konnten.“

Ihr wunder Punkt in einem möglichen Widerstandskampf gegen die Rote Armee ist die lebenswichtige Kommunikationsausrüstung: Nachrichten und Befehle werden allesamt mit Geräten sowjetischer Bauart übermittelt; sie zu stören, und damit eine geordnete Verteidigung zu vereiteln, wäre ein leichtes für die Sowjets.

Wahrscheinlicher als eine großangelegte Gegenwehr von Korps und Divisionen wäre deshalb der „Kleinkrieg“ auf der Regiments- und Bataillonsebene. Das klassische „Modell“ liefert der Posener Aufstand von 1956. Damals liefen ganze Truppenteile zu den Aufständischen über — aber nicht, bevor sie die Kasernen geöffnet und die vorhandenen Waffen an die Arbeiter verteilt hatten. Die wichtigste taktische Aufgabe der angreifenden Sowjettruppen wäre demgemäß die rasche Besetzung oder Isolierung polnischer Garnisonen und Waffendepots.

Doch auch ein derartiger taktischer Blitzsieg könnte nicht verhindern, was alle Beobachter als das schwierigste Problem der sowjetischen Invasoren betrachten: den Volkskrieg mit den Waffen der Sabotage, des Terrors und des haltenden Widerstandes in den Wäldern und Städten, zumal wenn die Sowjets so „wahnsinnig“ wären — so der Gesprächspartner im Pentagon — ostdeutsche Truppen einzusetzen.

Unberechenbar ist auch das Verhalten der vormilitärisch ausgebildeten, 2,2 Millionen polnischen Jugendlichen, die in der *Liga Oborony Kraju* (LOK) Schießen gelernt haben. Im Konzept der *Oborona terytorialna Kraju*, der territorialen Landesverteidigung, sind sie eingepplant zwecks „patriotischer Verteidigung der ganzen Gesellschaft“.

Die Sowjets haben noch nicht vergessen, daß der polnische Untergrundkrieg gegen die Rote Armee auch nach der vollständigen Besetzung Polens bis in die erste Jahreshälfte 1946 andauerte, bevor er vollständig niedergeschlagen werden konnte. Noch der „unbekannte Soldat“, an dessen Ehrenmal auf dem Warschauer Siegesplatz Leonid Breschnjew bei Gelegenheit einen Kranz ablegte, ist im Kampf gegen den mächtigen (bolschewistischen) Nachbarn 1920 gefallen.

Politische Ungewißheiten über die wahren Ab-

sichten des Kreml trieben nicht nur in Polen die Gemüter der Parteien vor Hochspannung; auch in der Regierungskanzleien des Westens herrschte ein makabres Rätselraten: Marschieren die Russen, oder schrecken sie vor der „totalen Konfrontation in Europa mit allen Konsequenzen“ (Helmut Schmidt) in letzter Sekunde zurück? Beruhigten sich gar die Führer der westlichen Allianz wider besseres Wissen, trotz der unvergessenen, sowjetischen Invasionen in Ungarn 1956, in die Tschechoslowakei 1968, in Afghanistan 1979? „Ich habe nicht das Gefühl“, so erklärte Brzezinski noch Mitte voriger Woche, „daß eine sowjetische Intervention unmittelbar bevorsteht.“

Ganz anders urteilt der ehemalige amerikani-

Czeslaw Milosz

L'accélération de l'Histoire

Es ist spät geworden
für die Gattung der Menschen.
Eine Cassandra verstummt
nach der andern.

Nicht Flammen, nicht berstende
Mauern zeigen es an.
Das naht unauffällig
auf Katzenpfötchen.

Kommentar: Pessimist! Also
kosmischer Untergang wieder?
Nein, keinesfalls.
Ich fürchte die Hände,
die kämpfenden für das Volk,
die dieses Volk
selbst abhacken wird.

(Ein bisher nirgendwo publiziertes, vor
1939 verfaßtes Gedicht des polnischen
Nobelpreisträgers für Literatur, aus dem
Polnischen übertragen von Karl Dedecius.)

sche Verteidigungsminister Schlesinger; in einem Interview mit der Stockholmer Zeitung *Svenska Dagbladet* sagte er, daß er mit einer sowjetischen Invasion in Polen rechne; denn wenn die Sowjets wirklich eine Ausbreitung der polnischen „Irrlehren“ befürchteten, hätten sie „keine andere Wahl, als zu intervenieren.“ Der Ostexperte des liberalen englischen *Guardian*, Victor Zorza, will gar erfahren haben, daß das Politbüro der KPdSU am 27. November einen prinzipiellen Entschluß gefaßt habe, militärisch in Polen einzugreifen. Zur Debatte stehe allein noch der Termin des Einmarsches. Spekulationen...

Dies ist offenbar die Stunde der westlichen Geheimdienste: Nach den Nachrichten-Niederlagen im nahöstlichen *Yom Kippur*-Krieg (niemand hatte ihn vorausgesehen), nach der Fehleinschätzung von Persien (die CIA-Warnungen vor den Folgen von Chomeinis Revolution kamen zu spät oder wurden im Weißen Haus übersehen) wollen sich die Militär-Analytiker der alliierten Dienste von nichts mehr überraschen lassen. Ihre Studien zur Situation in Polen versetzten denn auch auf dem letzten EG-Gipfel in Luxemburg Europas Spitzenpolitiker in Depressionen: „Gloomy“, befand Helmut Schmidt, sei das Bild im Osten — düster. Da vermochte die Auskunft eines Nato-Sprechers auch keine Hoffnung auf ein gesegnetes Fest zu verbreiten: Der psychologische Druck auf Polens Gewerkschaft „Solidarität“, aber auch auf ihren Widerpart, die neue polnische Regierung unter Kania, könne von den Sowjets stufenweise erhöht werden. Auf Grund des zweiseitigen Beistandsvertrages darf der Kreml die zwei Divisionen der Roten Armee in Swiebodzin und Borne (mit je 13 000 Soldaten) jederzeit „verstärken“. Zur totalen „Befriedung Polens“, so meinen andere Experten, be-

4

B225B07

B 225 B 03

Quelle

nötige man 500 000 Soldaten, wenn nicht eine Million...

Die Politiker des Westens verhehlten vor der offensichtlichen militärischen Erpressung von 35,7 Millionen Polen ihr Entsetzen nicht. Der gewählte neue Präsident Amerikas, Ronald Reagan (den noch nicht ratifizierten Salt-II-Vertrag hat er schon abgeschrieben), ließ Moskau über seinen außenpolitischen Sprecher Richard Allen eine „ernste Warnung“ zugehen. Eine russische Invasion, sagte Allen, „würde an eine Zerstörung sowjetisch-amerikanischer Beziehungen grenzen“. Das „Antlitz der Erde würde sich ändern“. Auch in der Zeit des Regierungsübergangs, ergänzte Carters Sprecher Jody Powell, sei Amerika durchaus „handlungsfähig“. Carter warnte vor „überaus negativen Folgen“.

Ein Mitarbeiter im Stab des Nationalen Sicherheitsrates: „Wir hatten diesmal keine andere Wahl als grobe Saiten aufzuziehen. Vor dem Einmarsch in Afghanistan hatten wir die Sowjets immerhin dreimal auf stillem diplomatischem Wege gewarnt. Doch dies war wohl nicht deutlich genug; denn hinterher beschwerten sie sich ganz entrüstet über unsere ‚hysterische‘ Reaktion.“

Ähnliche Mißverständnisse werden wir in der Polen-Krise zu vermeiden wissen.“

Helmut Schmidt, mit Kommentaren zur polnischen Lage eher sparsam-vorsichtig, prophezeite für den Ernstfall eine europäisch-amerikanische Einheitsfront; auch Frankreichs Staatspräsident Giscard würde keinen Augenblick zögern, sich „Arm in Arm mit Reagan“ den Sowjets entgegenzustellen.

In allen Gesprächen mit Experten und Beamten im Weißen Haus, Pentagon und State Department ist zu hören, was ein hoher Beamter so auf den Begriff bringt: „Diesmal seid ihr Europäer an der Reihe — ohne wenn und aber.“

In Washington kann sich zum Beispiel niemand vorstellen, daß das deutsch-sowjetische Mammut-Geschäft „Röhren gegen Erdgas“ eine Invasion Polens überleben könnte. „In Europa“, so ein langjähriger Deutschland-Experte des CIA, „könnte sich nach einem Einmarsch in Polen kein Politiker mehr mit weinerlichen Hinweisen auf den Fortbestand und die Pflegebedürftigkeit der Entspannung im eigenen Vorgarten aus der Verantwortung stehlen. ‚Afghanistan‘ würde diesmal in Europa stattfinden.“

Diesmal allerdings will sich die Carter-Administration nicht dem Vorwurf aussetzen, ohne ausreichende Konsultationen mit ihren Partnern in die Konfrontation stürzen — wie etwa im Falle des Olympia-Boykotts vor einem halben Jahr. Die Verhandlungen über die möglichen Gegenzüge der Allianz laufen deshalb schon seit zwei Wochen. Doch die Ergebnisse sind mager. Ein Mitarbeiter im Weißen Haus zieht Bilanz:

„Die erste Reaktion der Europäer war: ‚Es ist noch zu früh, sich festzulegen.‘ Wir sollten spezifische Vorschläge unterbreiten. In der zweiten Runde sind wir dann mit einer Liste konkreter Maßnahmen angetreten. Die Antwort der Europäer: ‚Interessant, aber man muß erst einmal die Stimmung in der eigenen Hauptstadt ergründen.‘ Also ‚konsultieren‘ wir weiter — bis zum bitteren Ende. Komischerweise haben wir in der Polen-Krise bei den Franzosen weit mehr Verständnis für unsere harte Haltung gefunden als bei den

Datum

Deutschen.“ Brzezinski zur ZEIT: „Das wird ein interessanter Testfall; man wird sehen, wie entschlossen die Europäer wirklich sind... Es muß endlich klar werden, ob wir Amerikaner und Europäer die weltweite Herausforderung durch die Sowjets genauso interpretieren und auch das Junktim zwischen der Sicherheit in Europa und im Persischen Golf gleich beurteilen. Gehen wir gemeinsam davon aus, daß die Situation in Polen von den zukünftigen Ost-West-Beziehungen nicht zu trennen ist? Dies sind die beiden Schlüsselprobleme der westlichen Allianz in den nächsten Monaten.“

Und die Amerikaner? Ein Washingtoner Ost-West-Experte: „Auch wir würden Opfer bringen, welche eine noch deutlichere Sprache sprechen als unsere Antwort auf Afghanistan. Wahrscheinlich ist der Abbruch aller Rüstungskontrollverhandlungen, die Erhöhung unserer Rüstungsausgaben, selbst über das Maß hinweg, welches die Reagan-Leute vorsehen, die Nichterneuerung des langfristigen Getreide-Vertrages, der 1981 ausläuft, der Bruch unseres Schiffsahrts-Abkommens mit Moskau...“ Ein hoher Berater im Weißen Haus ergänzt: „Die sowjetischen Planer sollten sich fragen, ob die Kanadier und Argentinier mit ihrem Weizen auch diesmal die Lücke füllen würden.“

Doch ungeachtet solch möglicher, folgenschwerer Konsequenzen dürfte die Rote Armee, ist sie einmal in Polen einmarschiert, länger dort bleiben. Das Land, meint der ehemalige Verteidigungsminister Nixons, Schlesinger, gehöre nun einmal „eindeutig“ zum sowjetischen Interessengebiet; den Vereinigten Staaten bliebe wahrscheinlich nur die Möglichkeit, ihren „Unmut“ ob einer möglichen (oder realen) Intervention zu äußern.

So ähnlich sieht es auch eine vertrauliche Studie des englischen Außenministeriums: Die Glaubwürdigkeit westlicher Drohungen, heißt es in dem Bericht, habe sehr darunter gelitten, daß nach Afghanistans „Befriedung“ — trotz starken Worten — Wesentliches nicht geschehen sei...

Auch diesmal sind die Optionen des Westens begrenzt und seine außenpolitischen Dilemmata dafür um so zahlreicher. Es gilt zwar, die Sowjetunion abzuschrecken — aber gleichzeitig sollten die polnischen Arbeiter tunlichst nicht aufgestachelt werden. Es gilt auch, eine deutliche Warnung auszusprechen — und zugleich für den Fall vorzubeugen, in dem sich allerlei Drohungen nur als leerer Bluff entpuppen müßten.

„Leider haben wir den Großteil unserer Munition bereits verschossen“, bekennt Robert Legvoldt, der die Sowjetforschung in Washingtons renommiertem Council on Foreign Relations betreut.

Von westlichen Sanktionsdrohungen unbeeindruckt, trafen sich denn auch die Mitglieder des Warschauer Paktes auf dem bisherigen Höhepunkt der polnischen Krise bei einer Gipfelkonferenz in Moskau.

Von Breschnjew bis Honecker — versammelt war am vorigen Freitag, wer in der gemeinsamen Entscheidung der Pakt-Staaten über das „polnische Experiment“ Rang und Namen hatte; aus Polen herbeigeeilt waren die von ihren Arbeitern schon mehrfach gedemütigten Stanislaw Kania und Ministerratsvorsitzender Josef Pinkowski, aber auch der Verteidigungsminister war gekommen und der Innenminister, der Außenminister — kurzum,

B 225 B 09

Quelle

Datum

die neue Parteilite Polens, die vor dem kommunistischen Spitzengremium Rechenschaft ablegen sollte über mögliche repressive Eindämmungsmaßnahmen angesichts von „Chaos und Anarchie“ (Kania) und „antisozialistischen Umtrieben“ in Polens Fabriken, Universitäten und Schulen.

Ihnen gegenüber saß auch der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Juri Andropow, der KGB-Chef: Der Mann mit der randlosen Brille hatte schon eine maßgebliche Rolle in der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes gespielt. Seine Anwesenheit dürfte die Polen nicht minder irritiert haben, wie Äußerungen des Prager Parteiblatts *Rude Pravo* am Vorabend der Konferenz: Offen verglich die Zeitung die Situation zwischen „Polen 1980“ und im eigenen Lande vor zwölf Jahren. Die Tschechoslowaken, so hieß es, können dank ihrer Erfahrungen von 1968 die Ziele des (selbstverständlich „westlichen“) Imperialismus besser beurteilen als die Polen...

Solchermaßen auf die Rolle des armen Sünders festgenagelt, harrten Kania und Genossen hinter den obligaten Nazir-Selsterwasserflaschen Moskauer Konferenzkultur im Zeugenstand aus: Vor ihnen saß das höchste politische „Gericht“ des internationalen kommunistischen Establishments. Vorsorglich ließ die Militärzeitung *Roter Stern* Kania wissen, daß sich Polen „im Notfall auf die Rote Armee verlassen könne...“

Die gemeinsame Erklärung nach der Gipfelkonferenz wurde in den westlichen (und gewiß auch in polnischen) Kanzleien den Interpretationskünsten berufener Letternaguren unterworfen. Fazit eines Sicherheitsberaters im Weißen Haus: „Die Sowjets können sich jetzt eine gelassene Haltung erlauben, weil sie ihren militärischen Aufmarsch beendet haben. Die notwendigen Truppen stehen seit dem Wochenende bereit. Wir rechnen jetzt allenfalls mit einer Vorwarnzeit von 24 Stunden.“ Daß Stanislaus Kania Regierungsmannschaft noch einmal eine Bewährungsprobe zur „Bereinigung“ im eigenen Lande erhalten hatte, schien im Text klar zu werden:

Die Teilnehmer des Treffens brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Kommunisten, die Arbeiterklasse, die Werktätigen des brüderlichen Polens imstande sein werden, die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden und die weitere Entwicklung des Landes auf sozialistischem Weg zu sichern.

Doch was genau bedeuteten Formulierungen wie: „Gleichzeitig stellten die Teilnehmer des Treffens fest, daß die Situation in der Welt gespannt bleibt“? Was sollen die Polen denken, wenn sie hören, daß die sieben Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts bekräftigen, „auch in Zukunft die Einheit der sozialistischen Länder auf der Grundlage... der internationalen Solidarität... zu stärken“?

„Solidarität“ ist seit Prag 1968 das ominöseste Wort im außenpolitischen Jargon des realen Sozialismus. Im vorletzten Absatz des Moskauer Schlußkommunikés trägt „Solidarität“ die Hauptlast der Ermahnungen an die rebellischen Polen, die Macht der bündnistreuen KP nicht anzutasten:

Es wurde bekräftigt, daß das sozialistische Polen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und das polnische Volk fest mit der brüder-

lichen Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags rechnen können. Die Vertreter der (polnischen kommunistischen Partei) betonten, daß Polen ein sozialistischer Staat, ein festes Glied der Familie der Länder des Sozialismus war, ist und bleibt.

Diese letzte These freilich muß Kania bei Strafe seiner eigenen, aber auch Polens prekären Unabhängigkeit in den nächsten Wochen unter Beweis stellen; denn, wie ein Mitarbeiter des Bundeskanzlers in Bonn bemerkt: „Man kann das auch ganz anders verstehen, als es sich beim ersten Lesen anhört“ — nämlich als offene Drohung der sowjetischen Supermacht an die Polen, sich der gehorsamen Einheitsfront aller Länder im kommunistischen Machtbereich wieder einzuordnen, oder im Einmarsch der Roten Armee unterzugehen.

Begonnen hatte die polnische „Revolution“ am 31. August, als der fast glatzköpfige Vizepremier Mieczyslaw Jagielski einen Vertrag unterschrieb, den ihm Lech Walesa, ein Arbeiterführer mit dem Aussehen eines Pancho Villa, vorgelegt hatte — nach wochenlangen Streiks der Werftarbeiter von Danzig. Mit seinem Namen besiegelte der Parteibonze den Verlust der sowieso schon brüchigen Ansehensmacht der Kommunistischen Partei in einem wirtschaftlich ruinierten Land (westliche Auslandsschulden: 21 Milliarden Dollar).

Am 3. Oktober wurde die Warschauer Regierung mit einem einstündigen, äußerst erfolgreichen Generalstreik daran erinnert, daß sie die neuen Rechte der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ respektieren müsse. Am Monatsende holte sich Kania im Kreml die Erlaubnis zu neuen Konzessionen — doch welchen Preis er dafür zahlte, ist unbekannt.

Vielleicht erinnerte ihn Breschnjew an seine Doktrin von 1968, die besagt, daß keine kommunistische Partei das Recht habe, dem „Sozialismus im eigenen Lande oder den fundamentalen Interessen eines anderen sozialistischen Landes zu schaden“.

Um die Souveränität des offensichtlich schon von Moskau bedrohten Landes zu bewahren, warnte Kania später vor einer „Katastrophe — es geht um das Schicksal der Nation“; jeder Pole wußte, was gemeint war.

Die neue Gewerkschaft „Solidarität“ zeigt sich seit einigen Tagen ungewöhnlich botmäßig. Und während die Polen den Atem anhielten und die offene Konfrontation mit einem abgewirtschafteten System vermieden, machte der große Nachbar massiv mobil:

Eines Einmarsches in Polen bedarf es schon nicht mehr, um zu verstehen, was die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS meinte, als sie am Montag erklärte, die neue polnische Gewerkschaft „Solidarität“ stünde, *horribile dictu*, mit der „Konterrevolution“ in Verbindung. TASS: „Diese und andere Tatsachen zeigen, daß die Konterrevolution die Lage im Land in Richtung auf eine weitere Destabilisierung und auf eine Verschärfung des politischen Kampfes führt.“ Die sowjetische Erpressung geht weiter.